

# Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinsten altheiligen Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Pfl. men und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in die Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Roderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 142.

Dienstag den 3. Dezember 1918.

18. Jahrgang.

## Der stellvertretende Reichstag.

Eine Vollziehung im Reichstage.

Zu stürmischen Auftritten kam es in der letzten Sitzung der Soldatenräte Groß-Berlins, zu der sich auch zahlreiche Delegierte aus dem Reich eingefunden hatten.

Mollenbuhr vom Vollzugsrat erstattete den Tätigkeitsbericht:

Bei Uebernahme der Geschäfte konnte der Vollzugsrat noch nicht ahnen, vor welcher einem Trümmerhaufen er stand, den die alte Regierung bei ihrem Zusammenbruch hinterlassen hatte. Nichts war geregelt, weder Lebensmittel, noch Rohstoffe waren vorhanden, und in militärischen Fragen könnte sich ein wahrer Berg von Arbeit. So mußte die Mannschafslösung geregelt, die Demobilisation eingeleitet werden u. a. m. Freilich konnte die von vielen Seiten erhobene Forderung einer Einheitslösung nicht durchgeführt werden, weil das Reich sonst in zehn Wochen 1 1/2 Millionen Mark auszugeben hätte. Die Lage der Wehrarmee sei einigermaßen sicher. Dagegen ständen in Rußland 850 000 Mann, die die verbrecherische vormalige Regierung so tief in Deutschland geschickt habe, daß bei der gegenwärtigen politischen Lage, bei dem Zusammenbruch der Eisenbahnen usw. an eine Rückkehr kaum gedacht werden könne. Wie viele von ihnen würden wohl überhaupt Deutschland jemals wiedersehen? Noch trauriger sei die Lage der Armee-Maschinen. Sie wird wahrscheinlich interniert werden. Wer die Bildung der Soldatenräte und die Aufrufe der 6. Armee genau verfolgt habe, wisse, was am Werke sei!

Man habe positiv erfahren, daß dort sich Freiwilligenkorps bilden, die dazu bestimmt seien, die in Berlin herrschende Anarchie zu unterdrücken. (Großer Lärm.)

Der Hauptgrund einer beabsichtigten Zersplitterung Bayerns sei die Friedensfrage gewesen. Man habe in Bayern noch immer kein Vertrauen zu Preußen, dem als dem ehemaligen Vort der finsternen Reaktion das Ausland noch immer misstraue.

Zu großen Lärmzügen.

die minutenlang jede Verständigung im Hause unmöglich machten und die zu scharfen persönlichen Zusammenstößen zwischen dem Redner und Vertretern der Regierung führten, kam es, als Verlaß vom Vollzugsrat das Wort erging. Er unterzog die Tätigkeit des Vollzugsrates scharfster Kritik. (Mollenbuhr: Lüge! Große Unruhe!) Vertreter der Front, Delegierte aus Bayern seien überhaupt nicht vorgelassen worden, weil der Vorsitzende Richard Müller die Auswahl eines Stempels für den Vollzugsrat den brennendsten politischen Fragen vorzog. Die Mehrheit des Vollzugsrates sei ursprünglich

für die Einberufung der Nationalversammlung gewesen, aber unter dem Druck linkssozialer Elemente habe das Plenum nicht gewagt, seine Ansicht kundzutun. (Stürmische Entrüstung.) Was Geistes Kind die Mitglieder dieser Korporation seien, bewiese die Anfrage des Mitgliedes Strobel in einer Sitzung, was denn überhaupt eine Nationalversammlung sei. (Strobel dringt auf den Redner ein und bedroht ihn. Große Unruhe in der Versammlung.) Die beiden Vorsitzenden hätten weit über ihre Machtbefugnisse hinaus Vollmachten an wildfremde Menschen erteilt. (Mollenbuhr protestiert.) Herr Mollenbuhr, können Sie mir sagen, wem alles die Vollmachten in den wichtigsten Fragen erteilt worden sind? In allen Fragen, die die Soldaten bewegen, zum Beispiel Demobilisation, Arbeitsbeschaffung usw. habe der Berliner Vollzugsrat völlig verlagert.

Unter großer Unruhe gelangt nun ein Antrag zur Annahme, der Scheidemann das Wort gewährt. Er bezieht in kurzen Worten, daß er direkt zu dieser Versammlung eingeladen sei und nicht verstehe, wie man sich hier stundenlang um ganz nichtige Dinge herumstreitet, wo es sich doch jetzt für die Revolution um so wichtige andere Dinge handele. Eine solche Versammlung könne leicht einen unheilvollen Miß zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten hervorrufen, der bei aller Anerkennung der Verdienste der Soldaten bei der Umwälzung doch bedauerlich sei und vermieden werden müsse. Deshalb möchte man die Bedenken gegen den Vollzugsrat zurückstellen. (Lebhafte Aufregung!) Das politische Kabinett habe sich mit dem Vollzugsrat verständigt, und wenn diese Verständigung innegehalten werde, so könne man schon Vertrauen zu ihm haben. (Auf: Ja, wenn!) Ich bedauere, daß Mollenbuhr

die Lage unserer Truppen im Osten zu schwarz gemalt hat. Die Folge wird sein, daß bei ungezählten Frauen und Kindern tiefer Kummer über das Schicksal ihrer Väter wahrgenommen wird. Sicher ist die Lage unserer Truppen im Osten ernst, und wohl noch drei Monate

werden vergehen, bevor die letzten von ihnen den heimatischen Boden betreten können.

Die Gefahr einer Gegenrevolution besteht, denn es wäre das erste Mal in der Geschichte, daß eine Umwälzung wie die unsrige von den gestürzten Mächten habern kampflos hingenommen würde. Aber die Gefahr darf für uns nicht zu einem vollen Schreckgespenst werden. (Sehr richtig!)

Hindenburg und Gröner

haben uns gestern nochmals offiziell die Versicherung gestellt, daß sie sich vorbehaltlos hinter die jetzige Regierung stellen. (Minutenlanger Beifall.)

Von Süddeutschland wird sehr vielfach die Behauptung ausgestreut, als hätte lediglich Preußen kriegsverlängernd gewirkt. Das trifft nicht zu. Besonders muß ich da gegen Bayern ein Wort reden. Wir wollten schon vor zwei Jahren für Elsaß-Lothringen die Autonomie erwirken, wodurch sicher dem Frieden Vorschub geleistet worden wäre. Elsaß-Lothringen sollte ein freier Staat werden, was aber vom Könige von Bayern, der ein großes Stück jenes Landes für sich beanspruchte, bekämpft wurde. (Hört! Hört!) Unsere jetzigen Regierungsgewalten bilden ja nur ein Provisorium, das nur so lange bestehen soll, bis die Nationalversammlung einberufen ist. Was uns not tut, ist unbedingte Einigkeit und die klare Erkenntnis unserer großen Not.

Ein Delegierter führte aus: Lassen Sie sich doch nicht von dem Popanz der Spartakus-Gruppe gruseln machen. Ich bin von verantwortlicher Stelle der 6. Armee, wo noch Blut fließt, hierhergekommen. Wir brauchen werden den Virewar, der sich mir heute hier bietet, nicht nachahmen. Wir kennen den Unterschied zwischen Arbeitern und Soldaten nicht, weil wir annehmen, daß der Augen der Revolution der Arbeiterklasse zugute kommen muß. (Beifall.)

Ein Delegierter aus Baden gab folgende Erklärung ab:

Die Delegierten von Baden und Elsaß-Lothringen haben die Ansicht, daß die Berliner Soldatenräte Terror treiben. Die Kollegen aus Bayern sind deshalb schon abgereist. Wir werden daraus die Folgerungen ziehen und unter Protest die Versammlung ebenfalls verlassen. (Hört!)

Ein Vertreter der Front erklärte:

In Vertretung von 400 000 Soldaten der Front sage ich, daß diese Versammlung geeignet ist, nicht nur die Einheit des Reiches zu gefährden, sondern daß sie auch die Unruhe in der Straßen Berlins tragen kann. Deshalb bitte ich eindringlich alle Kameraden, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. (Beifall.)

Der Volksbeauftragte Barth schlägt nunmehr unter Tumult gegen sein Ausreten die Bildung einer siebenköpfigen Kommission vor, die bis morgen neue 14 Mitglieder für den Ausschuss namhaft macht.

Leutnant Colin-Rog: Wir Soldaten im Vollzugsrat wandten uns gegen die 50 Mark Tagelohn, die ein Vollzugsratsmitglied erhält, das sind 20 000 Mk. im Jahre. Soviel bekommt ein kommandierender General. Die Kurieren bekommen 40, Schreibmaschinisten 30 Mark täglich. (Hört! Hört!) Woher kommt das Geld. Es wurden einmal 2 Millionen Mark in den Vollzugsrat getragen. (Tumult.) Wenn wir so weiter machen, kommen wir zur Reaktion. (Sehr richtig!)

Herr Wilner — ein Offizier — spricht sein Bedauern aus, daß die Vertreter Bayerns, Badens und des Ostens den Saal unter Protest verlassen haben. Er fordert sie auf, wieder mitzutagen. (Die Vertreter erscheinen, die Versammlung bereitet ihnen eine lebhafte Demonstration.) Wir wollen keinen Terrorismus, das wollen wir diesen Vertretern sagen. Der Vollzugsrat muß an einem Regierungssitzungstisch sitzen. Man möchte im Vollzugsrat mit dem schwarzen Mann „Reaktion“ gräulern, wie es die alte Regierung mit dem Umsturz tat. (Lebhafte Beifall.)

Nach weiterer zweistündiger Debatte beschloß die Versammlung, aus 7 Berliner Regimentern je 1 Kameraden zu wählen. Diese 7-köpfige Kommission soll die Tätigkeit des Vollzugsrates prüfen und Bericht erstatten.

## Rücktritt des Justizministers.

Warum Dr. Spahn geht.

Justizminister Dr. Spahn ist aus seinem Amte ausgeschieden. Er hatte, um den ordnungsmäßigen Betrieb bei der Justiz zu sichern, sich der gegenwärtigen Regierung zur Verfügung gestellt, sich auch der Kontrolle durch zwei Delegierte unter dem Vorbehalt angeschlossen, daß die Rechtsprechung und Gesetzgebung nicht gestört werden dürften. Seine erfolgreichen Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes haben uneingeschränkte Anerkennung gefunden, so daß allgemein mit seinem Verbleiben im Amte gerechnet wurde. Diejenigen, die das taten, rechneten nicht mit der Notwendigkeit, das stürmische Verhalten von Parteiführern der Unabhängigen um

Verjagung zu bestrafen. Auf das Amt eines Justizministers erhob der Unabhängige Sozialdemokrat Rechtsanwalt Rosenfeld Anspruch.

Die „Germania“ schneidet im Zusammenhang mit dieser Meldung ein Thema an, das zahlreiche Volkstriebe beschäftigt. Das Blatt schreibt:

„Nicht zu vergessen ist, daß Dr. Spahn allerdings schwer „belastet“ ist. Er ist ein überzeugter Christ und war langjähriger Zentrumsabgeordneter. Ganz anders steht es mit Rechtsanwalt Rosenfeld, der jüdischer Religion, durch seine christlichen Vorurteile belastet. Er wird also ohne jede Voreingenommenheit verurteilt werden.“

Die Tatsache, daß innerhalb der Regierung eine überaus große Zahl von Juden tätig ist, die in keinem Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsziffer steht. Es wird das im Volke nicht sehr abgünstig besprochen, namentlich in Arbeiterkreisen. Aber auch in jüdischen Kreisen selbst. Die jüdische Ärztin Nabel Rabinowitsch hat sich in einer Zuschrift an den „Bayer. Kurier“ sehr scharf dagegen ausgesprochen, daß der jüdische Kurt Eisner aus Galizien seine radikalen Theorien nach Deutschland verpflanze. Die Stimmung der Arbeiter charakterisierte auch der letzte Parteitag der bayerischen Sozialdemokraten, auf dem in scharfer Weise gegen die jüdischen Hamster gesprochen wurde.

In den Kreisen der Gebildeten wird der Eingriff in den Rechtsbetrieb als unbedeutend empfunden. Der Rechtsbegriff ist immer relativer Art, er erwächst aus den Taten des Volksbewußtseins, und dementsprechend wird die Rechtsphilosophie der Juden eine andere sein als die der Deutschen.

## Versammlung der Berliner Arbeiterräte.

Unmöglichkeit der Sozialisierung der Betriebe.

Im großen Saale des Lehrervereinshauses trafen Freitag vormittag die gesamten Arbeiterräte von Groß-Berlin zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Büchel verlas eingangs eine Erklärung des durch Heiserkeit vorläufig verhinderten Volksbeauftragten Richard Müller. In der Erklärung heißt es:

„Das alte System ist zusammengebrochen, ein neues sozialistisches Staatsgebiet soll errichtet werden. Der Übergang aber von dem alten kapitalistischen System zu dem neuen Staatswesen kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Die Schwierigkeiten mehrten sich täglich. Die leitenden Männer suchen zu retten, was zu retten ist. Bei den Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern leiden die Arbeiter am meisten. Es handelt sich um die Hauptaufgabe des schnellen und organischen Aufbaues der sozialistischen Republik. Wir unterhandeln noch mit den Unternehmern und werden hoffentlich zu einem guten Ergebnis kommen.“

Dem terroristischen Treiben der Soldatenräte müsse energisch entgegengetreten werden, meinte der Vorsitzende dann. Die Arbeiterschaft müsse sich geschlossen hinter den Vollzugsrat stellen, sonst müsse er seine Konsequenzen ziehen. Das, was sich gestern bei den Soldatenräten ereignet habe, sei nicht das, was die Arbeiterschaft erwartet habe.

Gegen den Streikversuch wandte sich dann in längeren Ausführungen der Volksbeauftragte Emil Barth. Der Vollzugsrat habe sich mit der Umstellung der Produktion eingehend beschäftigt. Um eine allgemeine Beschäftigung durchzuführen, werde

die Arbeitszeit bis auf vier Stunden

herabgesetzt werden müssen. So ginge es nicht, daß man, wie in Neuböln, beantrage, alle Vanten zu sozialisieren, den Hausbesitz zu verstaatlichen und die Hypotheken zu annullieren. Man müsse sich doch mit den Tatsachen in Uebereinstimmung setzen. Man könne keine Rohstoffe einfach aus dem Aermel schütteln. Die neuen Männer sind nicht schuld, daß alle Rohstoffe durch den Krieg verschleudert und bis auf den letzten Rest aufgebraucht sind.

Jeder Arbeiterrat habe das Recht, zwei Delegierte in die Betriebsdirektion der einzelnen Betriebe zu entsenden, die in allen Fragen mitzubestimmen haben, damit sie einen klaren Ueberblick bekommen. Da wird nun mancher Arbeiter staunen, mit welchen Defiziten heute fast jeder Betrieb arbeitet, und es wird klar werden, daß alle übertriebenen Forderungen zurückgestellt werden müssen. Sozialisieren kann man nur, wenn man etwas zum Sozialisieren hat. Im ersten Jahr brauchen wir allein sechs Milliarden Mark für Nahrungsmittel, weitere zehn Milliarden für Beschaffung von Rohstoffen. Wer heute zum Streik auffordert, begeht keine gute Tat. Es gehört auch kein Mut dazu. Die Arbeiterräte müßten den Mut haben, die Arbeiter zur Arbeit aufzufordern. (Beifall.)

Ueber die Soldatenräte wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die Versammlung nimmt mit tiefem Bedauern



Kenntnis von dem Beschluß der Soldatenräte, die Vertreter der Arbeiter des Bollzugsrates in den Sitzungen der Soldatenräte nicht zu Wort kommen zu lassen. Durch diesen Beschluß hat der Soldatenrat, wohl ohne Absicht, die Einheit schwer gefährdet und damit auch die Revolution. Wir sprechen dem Bollzugsrat unser volles Vertrauen aus und bitten ihn, auszuweichen. Wir werden ihn voll und ganz unterstützen. Besonders Vertrauen sprechen wir dem Vorsitzenden Richard Müller aus."

Kalkül: Was sich zurzeit in Deutschland ereignet, ist der Weg zum Untergang. Fahren wir so fort, so gibt es keinen Ausweg mehr. Politische Dummheiten können repariert werden, aber

#### wirtschaftliche Dummheiten

werden nicht nur wir, sondern Generationen nach uns ausbaden müssen. Draußen werden Millionen verschleudert. Nicht einige, mehrere Anleihen sind in wenigen Tagen verschleudert worden. Willkürlich gebildete Arbeiter- und Soldatenräte haben ungeheures Heeresmaterial verkauft, das dem Volke gehört. (Großer Lärm.) Für jeden Rind wird eine neue Organisation gebildet. Seid ihr bereit, so fragt der Redner, die wirtschaftliche und technische Leitung der großen Betriebe zu übernehmen? (Rufe: Jawohl!) Redner bestreitet diese Möglichkeit unter großem Lärm.

Dermann Müller-Reichenbach verlangt weniger Versammlungen, aber mehr Arbeit und Konzentration. Wenn es so weiter geht, segeln wir in die Anarchie. Dann sind die Arbeiter in erster Linie die Geldtragenden. Dann sei die sozialistische Republik nicht nur in Gefahr, sondern ihre Dauer sei nach Wochen gezählt. (Beifall.)

## Zwischen Krieg und Frieden.

### Friedensunterzeichnung im April.

Die Pariser Blätter beschäftigen sich mit der Friedenskonferenz am Quai d'Orsay, nicht in Versailles stattfinden wird. Lloyd George wird gleichzeitig mit Wilson in Paris eintreffen. Bei Zusammenritt der vorbereitenden Sitzung werden die Delegierten einen Ausschuss ernennen, der die verschiedenen Fragen im einzelnen zu studieren und der Konferenz Berichte vorzulegen hat, deren Beschlüsse endgültigen Charakter haben werden. Die Konferenz dürfte drei Monate dauern und Unterzeichnung nicht vor April stattfinden.

### Zur Klärung der Lage Madensens.

Ueber die Rückkehr Madensens und seiner Truppen haben neue Verhandlungen stattgefunden. Die Rechtslage ist so, daß der Generalfeldmarschall mit den Seinigen nach dem Wortlaut des ungarischen Waffenstillstandsvertrages bis zum 9. d. M. das vom Feinde bestimmte Gebiet geräumt haben mußte, sonst waren die Truppen in Ungarn zu internieren. In dem deutschen Waffenstillstandsabkommen, das später abgeschlossen ist, wird aber nur bestimmt, daß die Truppen unverzüglich zurückzuziehen seien. Dieses Uebereinkommen hebt das ungarische auf, schon weil es später zustande kam. Auf diese Auffassung stützt sich der neue deutsche Schritt zur Klärung der Lage Madensens. In der Tat ging ja auch das ungarische Abkommen davon aus, daß Deutschland nach der Waffenstreckung Oesterreich-Ungarns weiterkämpfen werde, und darum hatte es einen Sinn, unsere Truppen gegebenenfalls in Ungarn zu internieren. Heute würde eine solche Maßnahme keinen praktischen Zweck mehr haben. Man darf hoffen, daß der in diesem Sinne unternommene deutsche Schritt beim Feinde Erfolg haben wird.

### Die Engländer in Kiel erwartet.

In einer stark besuchten Versammlung in Kiel, in der die Stimmung ganz überwiegend für die baldige Einberufung der Nationalversammlung war, teilte der Reichstagsabgeordnete Gouverneur Roske mit, daß die englische Kontrollkommission in wenigen Tagen in Kiel zu erwarten sei. Es sei schon mitgeteilt worden, daß auch der englische Admiral, der nach Kiel kommt, es ablehne, mit einem deutschen Soldatenrat zu verhandeln.

## Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

83) (Nachdruck verboten.)  
"Nanu, Elstchen, man keine Bange, die Sprechwerkzeuge funktionieren ja noch tadellos bei dir. Du machst ja ein Gesicht, als wenn dir die Petersilie verhasst wäre."

Die Baronin schnappte nach Luft.

"Aber ich bitte dich, Dietl!" — der Baron hieß mit Vornamen Dietrich und seine Frau hatte aus den längst vergangenen Flitterwochen diesen Rosenamen beibehalten — "ich bitte dich dringend und inständig, Dietl — ist das nicht zum Burzelbaumschlagen?"  
"Na, na, Elstchen, du wirst doch nicht! Solche Untugenden wirst du dir doch nicht auf deine alten Tage angewöhnen?"

"Alte Tage? Aber, Dietl, du wirst doch nie ein Kavallerist! So etwas sagt man doch einer Dame nicht! Die hat höchstens alte Tage, wenn sie hundert Jahre alt ist."

"Aber wenn du Burzelbäume schlagen willst, Elstchen?" gab er zu bedenken.

"Aber sagst du denn, daß ich das tun will?"

"Du selbst — soeben."

"Ach, Unstinn, ich frage dich doch nur, Dietl, ob es nicht zum Burzelbaumschlagen ist?"  
"Na, schon," lachte der alte Herr, "und ich sage dir, tu's lieber nicht, du weißt nicht, wie es abläuft."

Kurt lachte die Baronin ebenfalls laut auf. Aber gleich darauf sagte sie Ippschittend:

"Nein, ich fasse das nicht."

"Aber was hat dich nur so in die Lage gebracht, Elstchen?"

"Mein Gott, diese Verlobung."

"Aber du wolltest es doch so brennend gerne, daß sich Graf Rainer verlobte und verheiratete."

"Ja doch, aber ich hatte gehofft, er würde sich mit der Gräfin Gerlinde vermählen."

"Ach, nee, Elstchen — was hat dir denn der arme Graf Rainer zuleide getan?"

Aktion der englischen Flotte gegen die Bolschewiken.  
Die englische Flotte liegt mit versiegelter Oberseil drei Tagen zum Auslaufen bereit. Die Blätter schreiben, daß eine entscheidende Aktion der englischen Flotte gegen den Bolschewismus in Rußland bevorstehe.

### Deutsch-Oesterreich wird bedenklich.

Eine Wiener Aufschrift der „Germania“ erläutert die steigende Unruhe in Deutsch-Oesterreich wegen der Wälderarbeit des Spartakusbundes. Diese hat bei manchen die großdeutsche Begeisterung ernüchert. Trotzdem glauben die maßgebenden Kreise auch heute noch, daß Deutsch-Oesterreichs Zukunft eng verknüpft sein wird mit dem Geschick des benachbarten Brudervolkes. Nur ein Zerfall der deutschen Reichseinheit müßte auch die Entschliefungen Deutsch-Oesterreichs wesentlich beeinflussen, da in einem solchen Falle die Möglichkeit des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an die großdeutsche Republik nur an Teile des ehemaligen Reiches gegeben wäre. Bekanntlich trägt der preussische Kulturkampf auch im Rheinland den Gedanken des Anschlusses an eine zu gründende süd-deutsche Republik.

### Ein neutraler Untersuchungsgerichtshof.

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der Schweizer Regierung folgende Note an die englische, französische, belgische, italienische und amerikanische Regierung übermietet.

Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegsführenden Staaten und in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständiges, wahrheitsgetreues Bild der Vorfälle und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Mißdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Vorgänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Versöhnung der Völker, ist die einzige mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, daß eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilspruch gewährleisten. Die Regierungen sämtlicher kriegsführenden Mächte müßten sich bereit erklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Geschichte der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Zeugen, deren Aussagen für die Beweisführung von Bedeutung sein könnten.

### Die Funktionen in den Händen der „Unabhängigen“.

Wie wir hören, sind sämtliche Funktionen von „Unabhängigen“ besetzt, die der Spartakusgruppe nahestehen. Sie verbreiten Nachrichten, die ihren eigenen Wünschen und Interessen entsprechen. Die Presse des In- und Auslandes wird davor gewarnt, diesen Nachrichten Glauben zu schenken. Die Regierung lehnt jede Verantwortung für diese Meldungen ab.

### Der Reichstag nicht aufgelöst!

In Berlin gehen Gerüchte um, daß in den nächsten Tagen der Reichstag wieder zusammengerufen werden solle. Seine Aufgabe solle sein, Stellung zu nehmen zu den Bestrebungen Hochs, aus dem Waffenstillstand zu kündigen.

Von einem Regierungsvortreter wurde uns heute versichert, daß ihm von diesem Gerüchte nichts bekannt sei und die Volksbeauftragten daran festhielten, daß in dem augenblicklichen Staatswesen kein Platz für den Reichstag und den Bundesrat als gesetzgebende Körper-

Auf eine Frage, weshalb denn der Reichstag nicht für aufgelöst erklärt werde und den Abgeordneten die fälligen Tagelöhne — am 30. November 400 Mark, am 31. Dezember 600 Mark — ausbezahlt und die Benutzung der Freifahrtkarten gestattet werde, erfolgte keine Antwort.

### Alle Westsee wieder auf deutschem Boden.

Das Niesenwerk, die deutschen Truppen bis zur festgesetzten Stunde über die Grenzen des feindlichen Gebietes zu bringen, ist geglückt. Die letzte Nachhut bestand aus Truppenteilen der 21. und 23. Infanterie-Division. Wenn doch noch deutsche Soldaten auf feindlichem Gebiet angetroffen werden sollten, dann kann es sich nur um Verstreute handeln, die von ihren Formationen abgekommen sind. Der erste Teil der Niesenaufgabe ist gelöst, und auch die Hauptarbeit, der Transport über den Rhein, wird bewältigt werden; dessen dürfen wir schon jetzt sicher sein.

Der Engländer hat in den letzten Tagen ungenutzte nachgedrängt. Er blieb den deutschen Truppen auf den Fersen, kam z. B. schon in Dörfer, in denen deutsche Truppen noch zum Abmarsch bereit standen, und er blieb mit Fußtruppen und Automobilen in engster Fählung mit unseren Nachhut.

Diese Leistung spricht für die ungebrochene Manneszucht und Disziplin der deutschen Heere wie das organisatorische Geschick der Leitung. Ruhigeren Zeiten wird es vorbehalten sein, dieses Werk voll zu würdigen.



## Politische Rundschau.

— Berlin, 29. November 1918

Die Trennungsbestrebungen Schlesiens. Der Breslauer Volksrat verhandelt nach einer Blättermeldung über ein Ultimatum, das von der Regierung die sofortige Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung und die Auslegung der Wählerlisten verlangt. Schlesien droht, sich im Fall der Weigerung politisch und wirtschaftlich von dem übrigen Preußen abzuspalten. Da Schlesien augenblicklich das Hauptlieferungsland von Kohlen für Nord- und Mitteldeutschland ist, würde dieser Schritt für ganz Deutschland eine Katastrophe bedeuten.

Das Kabinett zur polnischen Frage. Eine wichtige Sitzung des Gesamtkabinetts trat am Freitag vor-mittag zusammen. Es nimmt Stellung zu den Bestrebungen der Franzosen, in Elsaß-Lothringen und der Polen in der Provinz Posen, schon vor der Friedenskonferenz im Sinne ihrer Ansprüche vollen-gende Tatsachen zu schaffen. Wichtige Beschlüsse sind zu erwarten.

Der Stand des Bergarbeiterstreiks. In Oberschlesien zeigt der Streik eine Tendenz zum Auflösen, doch kann von seiner Beendigung noch gar keine Rede sein. Auf einzelnen Gruben sind noch bis zu 20 Prozent der Belegschaft ausständig. Man hofft, bis Montag an das Ende des Streiks zu kommen, doch läßt sich eine sichere Erwartung nicht aussprechen, da die schon vor einigen Tagen gehegte Hoffnung, daß der Streik schnellstens zu Ende kommen werde, sich nicht erfüllt hat. Der Wagenverkehr beträgt gegenwärtig 5000 Waggons gegen einen normalen Friedens- und Kriegsverkehr von 12000 Waggons.

An Beständen wurde offener noch auf folgenden

du doch noch kommen. Ich kenne doch die Tochter von Excellenz Walbow. Du, das ist ein süßes junges Blut und mindestens ebenso schön, wie deine Gräfin Gerlinde."

"Du sollst nicht immer deine Gräfin Gerlinde sagen. Dietl, du bist doch ein Ungeheuer."

"Aber ein sehr gemüthliches. Gib mir einen Kuß, Elstchen, und dann mache es dir bequem. Schilde in dein behagliches Hausgewand ohne das enge Korsett und streif die Stöckelschuhe von deinen kleinen Füßchen, auf die du so eitel bist. Dann wirst du die Enttäuschung handhafter ertragen."

"Ja — ich glaube auch, daß ich mich dann gemüthlicher fühle. Aber leid tut es mir doch, daß Gräfin Gerlinde und Graf Rainer nicht ein Paar werden, trotz deiner Mederei von Hegefeuer und kalter Dusche. Die Gräfin wird auch aus den Wolken fallen, wenn sie das hört. Sie hat entschieden etwas für Graf Rainer übrig."

"Vielleicht noch mehr für das Majorat und den berühmten Hamburger Familienschmuck. Den wird sie nun auch hergeben müssen. Und ins Witwenhaus muß sie nun auch wandern."

"Das jagst du mir einer förmlichen Schadenfreude, Dietl. Ich weiß, du kannst die Gräfin nicht leiden, weil sie ein bißchen viel auf Neuverheirateten gibt. Dafür ist sie doch nun einmal eine schöne Frau. Schön-dett verpflichtet."

"Siehe dein Führl und den Stöckelschuh, Elstchen," neckte der Baron behaglich. "Weil du ein so reizendes Führl hast, wie ich es noch bei keiner anderen Frau gesehen habe, schüßst du dich verpflichtet, dich mit solchen Materialschätzen abzugeben. Und weil die Gräfin eine schöne Frau ist, meinst du, sie habe nichts weiter zu tun, als ihrer Schönheit zu leben."

Die Baronin nickte energisch.

"Natürlich! Eine Rose ist kein nutzbares Küß-gewächs. Sie hat nichts zu tun als zu blühen und zu sein."

"Vort! Das besorgt die Gräfin auch gründlich. Aber weißt du, Elstchen, ich bin doch heissfroh, daß du nicht so ein Rosendasein an meiner Seite geführt hast." —

(Fortsetzung folgt.)



Gruben gestreut: Königsborn, Sagen und Maadob. Da diese Gruben eine hohe Ergiebigkeit haben, ist dieser Ausfall in der gesamten Kohlenversorgung doch noch merklich.

**Herabsetzung der Offiziersgehälter.** Der „Kreuzzeitung“ zufolge ist verfügt worden, daß die Offiziere, Sanitätsbeamten und Militärbeamten des Besatzungsheeres und auch diejenigen, die vom Felde kommend, ihre Friedensgarnison oder den Demobilisierungsort erreicht haben, vom 1. Dezember ab nur noch das Friedensgehalt beziehen.

**Die führenden Revolutionsgewinnler.** Zwischen dem Reichsamt und der Reichsleitung ist eine Vereinbarung über die Gehälter der Volksbeauftragten zustande gekommen. Diese beanspruchen keine Beamtenqualifikation und verzichten auf Pensionsansprüche. Ihre Bezüge stellen sich als Dienstaufwandsentschädigungen dar; sie sollen für den einzelnen Volksbeauftragten ungefähr 10 000 Mark betragen.

Der Berliner Volksrat der Arbeiter und Soldatenräte, über dessen Vorkommnisse in der Soldatenratsversammlung im Reichstag am Dienstag Mitteilungen gemacht wurden, gilt als eine preussische Einrichtung und stellt seine Ansprüche an das preussische Finanzministerium. Neben den täglichen Entschädigungen der Volksräte von 50 Mark sollen sehr reich bemessene Unkostenvergütungen — 180 Mk. täglich — verlangt werden.

Außer den Staatskassen werden auch die Gemeinde- und Provinzialkassen durch die Entschädigungsforderungen der Arbeiter- und Volksräte stark belastet.

Wie hoch sich die Revolutionsausgaben im Reich und Preußen belaufen, ist völlig unübersehbar. Ein Maßstab dafür kann die Tatsache sein, daß in dem kleinen Braunschweig in den ersten drei Wochen der Revolution der Staatsetat um 14 Millionen Mark überschritten worden ist.

Vor der Revolution gab es in Deutschland ungefähr 100 Ministerien. Diese Zahl haben die neuen Regierungen nicht nur nicht vermindert, sondern fast überall vermehrt und vielfach doppelt besetzt. Es geht in die Milliarden, was auf diesem Wege in die Taschen der Weltverderber fließt.

## Vermischtes.

**△ Schafft Arbeit für die Handwerker!** Die Demobilisierung hat begonnen, unsere Feldgrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu redlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hungersnot und Auswanderungen. Schon sind Staat und Gemeinden an Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Inangriffnahme größerer Arbeiten und Erteilung mannigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug; auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden.

Deshalb ergibt außer an die öffentlichen Körperlichkeiten auch an jeden Privatbetrieb und Privathausarbeit der Auf: Denke an die Handwerker, die aus dem Felde oder aus dem Hilfsdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit und Brot haben wollen und haben müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten oder Anschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Wenderungen und Ausbesserungen geben, die schon länger hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Auftrag zu geben. Damit für den einzelnen verbundene kleine Geldopfer müssen gebracht werden. Verlasse sich niemand darauf, daß vielleicht in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden.

Leiden unsere Handwerker und Geschäftseute jetzt ohne Verdienst, so können daraus Zustände entstehen, die der Gesamtheit und jedem einzelnen viel teurer zu stehen kommen.



## Aus aller Welt.

**△ Acht Arbeiter vom Zuge totgefahren.** Eine Kette von zehn Arbeitern war an der Bahnstrecke von Berlin nach Baumgartenweg mit Gleisarbeiten beschäftigt. Da fuhr ein vom Gürtlicher Bahnhof kommender Zug in die Arbeiterkette hinein und tötete acht von ihnen auf der Stelle. Zwei kamen mit dem Leben davon, einer von ihnen erlitt einen Nervenschlag. Der Kettensführer hatte zur rechten Zeit das Warnungssignal für einen Zug nach der Richtung Gürtlicher Bahnhof gegeben. Die Arbeiter traten dann auch auf das Nebengleis, aber da der Rauch der Lokomotive sich niederschlug, das Gerann des Zuges vom Gürtlicher Bahnhof in der Richtung nach Grünau. Im selben Augenblick fuhr der Zug in die Arbeiterkette hinein.

**△ Vom Geschäft gefassen und tödlich verunglückt.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich zu Neuenhütte. Der 8 Jahre alte Schüler Hellmut Klinge aus Ostringhausen war mit den durchziehenden Truppen gezogen und saß auf einem Geschütz: plötzlich stürzte er ab, brach das Gesicht und starb kurz darauf.

**△ Bei dem Explosionsunfall in Hamont sind, wie jetzt feststeht, etwa 120 Personen umgekommen.** Mehrere der Verletzten starben noch in Hamont, Duddel und Weert, wo man sie untergebracht hatte, und 13 in dem nach M. Gladbach überführten Lazarettzug. Von den Note-Kreuz-Schwefeln sollen nur zwei umgekommen sein. Die meisten Insassen des verbrannten Zuges haben ihre Kleidungsstücke bis auf die Nachtkleidung eingebüßt. Ueber die Ursache der Katastrophe ist noch nichts Bestimmtes festgestellt.

**△ Ein Offizier als Plünderer.** Der Leutnant Helmreich vom Friedberger Offiziersgefangenenlager wurde in einer der letzten Nächte bei einem Einbruch in das Konfektionsgeschäft von Heinrich Drebes überfallen und festgenommen. Der Leutnant hatte seinen Raub schon in Sicherheit gebracht, aber seinen Mantel am Tatort liegen lassen. Als er diesen bei einem zweiten Einbruch in das Geschäft holen wollte, fiel er der Polizei in die Hände.

**△ Opfer des Eises.** Kaum stellt sich der erste Frost ein, so pflegt auch das Betreten des Eises seine Opfer unter der Jugend zu fordern. Auf dem Städtler Brack bei Witten ist der neun Jahre alte Knabe Ernst Göttsche eingebrochen und ertrunken.

## Wie uns Berlinern zu Mute ist.

— Berlin, 27. November 1918.

Wie uns Berlinern zu Mute ist, will immerzu dieser oder jener Freund, Bekannte oder Verwandte im Lande wissen. Man macht sich draußen eine ein bißchen komische Vorstellung von unserem Wesen und blüht uns Sorgen und Schmerzen an, die wir gar nicht haben. Und auf solche Rundgebungen schmerzlicher Anteilnahme muß man doch antworten.

Wenn man nur möchte, was! Wir wissen ja selber nicht, wie uns zu Mute ist, man muß schon 20 Schritte lang nachdenken, bis man darauf kommt, daß unser überregendes Gefühl dasjenige des Wartens ist.

Wir warten! Wir erwarten etwas! Wir warten ab. Warten!

Die Hausfrau erwartet eine Hungers- und eine Kohlennot. Der Magistrat hat Weihnachtsgeschenke verteilt. Das Kind kleiner „schrumpliger“ Finger für 1,10 M. Auf den Kopf ein Pfund. Wer aber nicht auf den Kopf 2 Pfund der famosen süßlichen Zwiebeln dazunimmt, wovon fast die Hälfte faul war, der bekommt diese Weihnachtsgeschenke nicht. Die kopflosen Befehle von einer Kommune haben ja eine Weisheit (im Rheinland Kaputt) und Zwiebel-Überflutung ins Land gebracht, die zum Totlachen wäre, wenn dahinter nicht die Vernachlässigung anderer wichtiger Nährmittel und damit die Hungersnot lauerte. Und von der steht in der Zeitung mehr, als die Herren der Hausfrau vertragen.

Und weil die Kohlennot ernsthaft nahergerückt ist, und zwar diesmal in direkt „brennender“ Form — wegen des Vergaberückfalls in Oberhessen — teilen auch die Männer diese Sorgen. Der Streik müßte ja die Revolution ins bolschewistische Fahrwasser bringen. Wenn alles gewerbliche Leben stillsteht, hört natürlich auch der Verdienst der Arbeiter auf. Der Nährboden für die bolschewistischen Adressaten wäre das gar bedächtig. Für das Essen würden sie schon sorgen, die „Spartakus“-Leute um Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Diese sind es auch wohl, auf deren Fischen die Anklage zurückzuführen ist, die uns einige Tage aufregte: Wilson werde Truppen nach Deutschland senden, Berlin belegen und zwangsweise eine Nationalversammlung wählen lassen. Wir haben jetzt in Berlin Soldaten genug: die heimgekehrten Krieger. Deren Unterbringung in Privat- und sonstigen Quartieren wurde einige Tage als furchtbar schwer hingestellt. Jetzt, da sie da sind, merkt man nichts davon. Sie sind verschwunden in dem großen Wasserlopp Berlin.

Das ist ja das Eigenartige bei Berlin, daß der Berliner selbst das, was in Berlin passiert, nicht mitteilt. Man erzählt alles aus der Zeitung. Von den Schiebern während der Revolutionsstöße haben die meisten wegen der weiten Entfernung und dem tosenden Lärm des Großstadtverkehrs nichts gehört. Und über die Klage und Straßen, wo Schiebern gewesen sind, sind mehrfach eine Wertelunde danach Leute gegangen, die nichts mehr davon gemerkt haben. Die meisten haben wohl nur von der Revolution die Maschinengewehre gesehen, mit denen die Raumburger Jäger die Revolution abwehren sollten, — nach einem Plane, der an kurzfristiger Kriegerlosigkeit alles bisher Dagewesene himmelstreichend übertrug, sobald die Jäger schnell verjagt wurden, — dann deren baldige Wagnahme und danach das drohende Umherfahren der großen Lastautos mit den bewaffneten Soldaten und Matrosen darauf; weiter nichts von Belang. Am Tage danach sah Berlin aus, als ob nichts passiert sei.

Und seit dieser Zeit wartet jeder. Worauf, das weiß man nicht. Man wartet auf die Lösung. Die Anhänger des alten Regiments warten auf die Gegenrevolution. Und die anderen warten auf die Entscheidung in dem Ringkampf zwischen der offiziellen alten und der unabhängigen Sozialdemokratie, und wiederum dieser beiden mit der Spartakusgruppe, deren Redner, Liebknecht und Rosa Luxemburg, in unablässiger Hay von einer Verarmung in die andere rufen, immer behauptet von verlässlichen Anhängern gegenüber faustfesten Hühnern, die auf ihren Spuren wandeln. Und andere warten auf das Erscheinen der „Beschlagnahme“, die einige Tage ziemlich zahlreich war; „Beschlagnahme“ bei Privaten, auf Grund des einzigen zur Zeit gültigen Rechtsmittels: der Gewalt des Gewehrs. Die Türschlüssel machen glänzende Nachkriegsgewinne. Die Regierung hilft nicht. Sie kann nicht. Wels, der Stadtkommandant, offizieller Sozialdemokrat, sucht den Polizeipräsidenten Eichhorn, unabhängigen Sozialisten, zu verhaften, und dieser wiederum schickt seinerseits Hühner aus, die Wels festnehmen sollten. Und dieweil wird in Wohnungen von Soldaten, die gerne und gut essen wollen, beliebig beschlagnahmt, und die Hausfrauen zittern um ihr bißchen Eingemachtes. Wir warten weiter. Geduldig! Was bliebe uns auch anderes übrig?

## Haltet Klebekarten in Ordnung.

Eine Mahnung an heimkehrende Krieger.

Wer aus dem Felde heimkehrt und wieder in Arbeit tritt, muß sich zunächst um seine letzte Karte kümmern.

Hat er sie nicht selber in Händen, so gibt es vier Möglichkeiten:

1. Sie ist eingeliefert worden: dann bekam der Einlieferer eine Bescheinigung; ist diese verloren gegangen, so muß bei der Entlassungsstelle eine Erneuerung beantragt werden. Dann wird dem Soldaten die nächst höhere benummerte Kulturskarte ausgetauscht.

2. Hat die Karte noch der letzte Arbeitgeber, so muß zunächst festgestellt werden, daß für jede angelegene Arbeitswoche auch die Marken geklebt sind; dies kann auch nachträglich in Ordnung gebracht werden, nötigenfalls mit Hilfe der Gemeindebehörde, die zu Auskünften verpflichtet ist.

3. Ist die Karte verloren gegangen, dann muß man (soztlich, damit die dort geklebten Marken angerechnet werden) „Erneuerung der verlorenen Kulturskarten“ verlangen.

4. Ist die Karte zu Hause, so achte man darauf, daß sie zwei Jahre nach dem Ausstellungsdatum umgetauscht wird, was spätestens nach Entlassung vom Militär, also sehr sofort geschehen muß. Beim Umtausch werden Militärbescheinigungen (Nachweis darüber mitbringen) darauf angerechnet, daß jede volle Militärwoche einer 20-Pfennig-Marke gleich gerechnet wird (2. Lohnklasse) Krankheitszeiten und Zeiten der Genesung (Nachweis beibringen) werden bis zu einem Jahr voll angerechnet (2. Lohnklasse).

Bei Abgabe der Karten ist auch nachzuprüfen, ob die Marken jeweils in der richtigen Höhe geklebt sind; die Gemeindebehörde erteilt Auskunft und besorgt auf Antrag nachträgliche Abhilfe; auch für die Arbeit während der Militärzeit (Urlaub, Abkommandierung) müssen Marken geklebt werden. Für die umgetauschten Karten erhält der Einkäufer Ausrechnungsbefehlscheinigungen, die sorgfältig aufzubewahren sind; im Verlustfall stellt die Gemeindebehörde neue aus.

In allen Zweifelsfällen wende man sich an seine Gemeindebehörde um Auskunft; bedenke aber, daß die Beamten gerade jetzt bei der Neuordnung vieler Verhältnisse recht überlastet sind und beschleige sich, was auch von den Beamten vorausgesetzt wird, größter Freundlichkeit.

Die Anwartsrente erreicht bei lebenslänglicher Ablebung doch recht erhebliche Sätze. Sie richtet sich nach der Dauer der Ablebung, also nach der Zahl der „vollen“ Karten. Wer also jetzt nicht aufhört, hat nachher den Schaden, und zwar jährlichen Schaden.

## Locales.

**△ Wandert nicht in die Großstädte.** In einzelnen Gegenden macht sich eine Abwanderung weiblichen Dienstpersonals nach den mittleren und größeren Städten bemerkbar, in der Annahme, daß dort geeignete Stellen vorhanden sein werden. Die Annahme ist durchaus falsch. Mit der Einschränkung der Arbeiten in den Haushalten, Betrieben fast auch in anderen Betrieben wird eine große Zahl von weiblichen Hilfskräften frei, die den Bedarf an Hausangehörigen reichlich decken. Es kann deshalb nur aufs dringendste geraten werden, daß die bisher auf dem Lande oder in den kleineren Städten in Stellung gewesenen Mädchen dort auch verbleiben, da sie in den Großstädten nicht auf Unterkunft zu rechnen haben würden. Mit der Ernährung steht es auch nicht allzu rosig aus. Mancher „Eingewanderte“ würde sich bald nach den heimatischen Fleischstücken sehnen.

**△ Die Einschränkungen im Eisenbahnverkehr** haben nicht den großen Umfang angenommen, wie dies zuerst den Anschein hatte. Es verkehren auf fast allen Strecken mehrere Züge am Tage. Die Durchführung der Nahrungsmittel- und Kohlentransporte ist trotz der Überlastung der Eisenbahn mit Militärzügen ohne Schwierigkeiten ermöglicht worden.

**△ Portofreiheit der Arbeitsnachweise.** Postsendungen, die von öffentlichen Arbeitsnachweisen zur Unterbringung von Heeresangehörigen, bisherigen Hilfsdienstpflichtigen und auch von weiblichen Arbeitskräften abgesandt werden oder sonst Angelegenheiten der Demobilisierung betreffen, sind unter dem Vermerk „Heeresfache“ für die Dauer der Demobilisierung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften portofrei.

**△ Der Weihnachtspostverkehr.** Vom 16. bis einschließlich 24. Dezember treten im Postpaketverkehr einige notwendige Einschränkungen ein. Pakete mit Wertangabe bis zu 100 Mark und über 100 Mark werden nur dann von Privatpersonen zur Beförderung angenommen, wenn sie, abgesehen von den Mitteilungen über den Inhalt ausschließlich bares Geld, Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt werden ausgeschlossen. Für die gleichen Tage werden dringende Pakete, wie auch Eilbestellungen von gewöhnlichen Paketen nicht angenommen. Die Eilbestellungen, die vor dem 16. Dezember angenommen worden sind, werden auch nach diesem Tage als solche behandelt. Bei den gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnissen ist zur Sicherung der bündeligen Zustellung und zur Vermeidung von Störungen im Postverkehr die frühzeitige Aufstellung der Weihnachtssendungen ganz besonders notwendig.

**△ Der Durchzug der von der Front zurückkehrenden Truppen durch Bielefeld** begann am Sonntag früh nach 11 Uhr Vormittags. Das Artillerie-Regiment 1050 eröfnete den Zug, dem das Regiment Nr. 49 und andere Truppen folgten. Das bißere Gefühl, das unwillkürlich dem Zuschauer aufstieg wenn man der ausrückenden Truppen im Anmarsch 1914 gedachte und der Umstände unter denen die jüdische Rückkehr erfolgt, wurde durch die verhältnismäßig ruhige Stimmung die die Feldgrauen befeuerte, sowie der musterhaften Ordnung und der teilweise recht geschmackvollen Aus schmückung der einzelnen Wagen und Geschütze wieder etwas gehoben. Ein besonders erhebendes Gefühl war es, die deutschen Farben die in Gestalten von kleinen Jüngchen die auf Pferd und Wagen angebracht waren überall lustig flattern zu sehen. Die Bürgerstadt hatte die durchgehenden Truppen mit Rasse, Zigaretten, Äpfeln usw. erquid. Die Straßen waren durchweg gefüllt, besonders die Rathaus-



straße. Auch waren vom Hause Konsumverein gegenüber nach dem Engel und ebenso vom „Rebstock“ zwei Gärten mit Transparenten „Willkommen in der Heimat“ gezogen. Die Truppen gehören zur mittleren Gruppe der Armee v. der Marwitz, der Gruppe Leuthold. In der Nacht von Sonntag zu Montag hatte Vierstadt Pioniere und zwar 60 Mann und 90 Pferde in Quartier. Der Durchmarsch dürfte bis 6. Dez. währen. Die Wiesbadener Schulen hatten Montag anlässlich des Durchmarschs der Truppen schulfrei.

Ein Quartierung und zwar 1 General, 40 Offiziere und 1850 Soldaten nebst 290 Pferden hat Vierstadt heute bekommen. Voraussichtlich handelt es sich nur um 1 Tag. Die Truppen sind vom Regiment 448. — Das Regiment Infanterie, welches mit Musik und wehenden Fahnen am Sonntag durch Wiesbaden zog stammt aus Hannover und hat die Nummer 77.

Die Franzosen in der Pfalz. Seit Samstag sind die Franzosen in Bergzabern, Randel, Winden und Bfört eingedrungen. W. T. B. meldet dazu: Der Personenverkehr auf den südpfälzischen Bahnen ist eingeleitet wegen Güter- und Viehzüge noch verkehren dürfen. Auch Zweibrücken hat franz. Besatzung die festgelegt hat, daß von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens niemand auf der Straße sein darf, daß die Uhren wieder zurückgestellt werden und Waffen abgeliefert werden müssen. Dem Vorsitzenden des Volkstages wurde eröffnet, seine (des Rates) Tätigkeit sofort einzustellen. Post, Eisenbahn sowie ein großer Teil des Fernsprechverkehrs wurde vollständig gesperrt. Der Städtetopf Mainz, zu dem bekanntlich auch wir gehören, dürfte ab Samstag oder Sonntag mit der Besatzung rechnen.

Die hiesige liberale und Nationalliberale Partei sowie überhaupt die bürgerlichen Parteien werden sich zusammenschließen. Zu diesem Zwecke ist für heute Abend eine Zusammenkunft geplant, in der eine Aussprache stattfindet. Noch bevor die feindliche Besatzung hier eintrifft, soll alles geregelt sein.

Nassauisches Landestheater Wiesbaden.  
Mittwoch, 4. Ab. C. Die Gardsfärhin. 7 Uhr  
Donnerstag, 5. Ab. A. Schatzkammer. 7 Uhr.

## Bekanntmachungen.

Auf Folge 15 der Lotteriekarte kommt in den Geschäften von

Sach Bw., Hintergasse  
Philipp Schäfer, Blumenstraße  
Etern, Langgasse  
R. A. Meyer, Rathausstr.  
Stadtmüller, Wilhelmstr.  
Büh. Raabe, Bierstädter Höhe.  
Otto Raabenheimer, Bierstädter Höhe.

am Mittwoch, 4. Dezember  
45 Gramm Margarine  
zum Preis von 20 Pfg. per Karte zur Ausgabe.  
Bierstadt, den 3. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Auf Folge 5 der Brennstoffkarten für Hausheizungen, gelangen auf die Nummern 926 bis 1000 von heute Montag an je 3 Str. Breiten in der Kohlenhandlung L. Stern zur Verteilung.

Die Einwohnerschaft wird auf sparsamste Verwendung hingewiesen, da große Zufuhren in den nächsten Wochen nicht erfolgen werden.

Bierstadt, den 2. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Hofmann

Zufolge Auftrag des Rgl. Amtsgerichts zu Wiesbaden vom 14. November 1918 werden die der Ehefrau des Mandanten Hermann Höhn, Elsa, geb. Dillmann in Eins gehörigen im Grundbuche von Bierstadt Band 6, Blatt 170 lfd. Nr. 1, 2, 8, 10, 16 eingetragenen Grundstücke als:

| Karten- | Par-      | Ge- |                |      |            |
|---------|-----------|-----|----------------|------|------------|
| blatt   | zelle Nr. | Ge. | wann           | groß |            |
| a)      | 28        | 215 | Alte Linde     | 3    | 1 ar 56 qm |
| b)      | 225       | 225 | " Linde        | 2    | 1 " 33 "   |
| c)      | 52        | 52  | " Rambacherweg | 3    | 4 " 99 "   |
| d)      | 33        | 38  | " Leidenheden  | 3    | 1 " 75 "   |
| e)      | 51        | 51  | " Rambacherweg | 3    | 5 " 06 "   |

am Mittwoch, den 4. Dezbr. 1918, mittags 12 Uhr im Rathaus zu Bierstadt öffentlich freiwillig versteigert.

Die Versteigerungsbedingungen liegen in meinem Amtszimmer während der Sprechstunden von 10—12 Uhr Vormittags zur Einsichtnahme offen. Dieselben werden im Termin bekannt gegeben.

Bierstadt, den 23. Nov. 1918.

Der Ortsgerichtsvorsitzer: Hofmann.

## Nähseide

in allen Farben

Conrad Vulpius,

Wiesbaden Marktstrasse 30, Ecke Neugasse.

## Prima Fleisch

von 50 Pferden

empfiehlt die ganze Woche von 8 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags

Witwe S. Barmann,

Erbenheim.

Zu Weihnachten

bringe meine bewährte

## Kürschnerei

verbunden mit

## Pelzwarenverkauf

in empfehlender Erinnerung.

D. Brandis, Kürschner

Langgasse 39, I.

Fernruf 2024.

— Stärkewäsche —  
zum waschen und bügeln  
wird angenommen.

Schrödel,

— Adlerstraße 4. —

Jun es

Mädchen zum Nähen

sofort gesucht.

Blumenstraße 2a, 1.

Ein Gartengelände

billig zu verkaufen.

Zu erfragen

Erbenheimerstraße 16, part.

— Monatsfrau —

für 2 Stunden vormittags

gesucht.

Wiesbadenerstraße 13.

Gartenhaus am Hgel-  
berg mit 2 Räumen und  
Dachstuhl aus Backsteinen  
mit Balken und Schleier-  
dach auf Abbruch zu ver-  
kaufen. Zu erfragen Wies-  
baden Wilmshofstraße 10,  
S. Buch.

Sohlen und Fled sowie  
alle Reparaturen werden  
schnell und billig gemacht.  
Franz Paul Bw.,  
Börderstraße 2.

Großer Küchenschrank,  
1 Sperrfeder-Matratze,  
1,75 m lang, 1 m br. it,  
zu verkaufen.  
Hainerstr. 1, Warturm.

## Karbid- Lampen

in großer Auswahl ein-  
getroffen. Wiederver-  
käufer erhalten Rabatt.

Martin Decker  
Deutsche Nähmaschinen-  
geschäft

Wiesbaden,  
Neugasse 26, Ecke Marktstr.

Reflexe

bringt

Gewinn!

## Wachslichte

Ersatz für teure Kerzen!

Geruchlos!

Brenndauer ungefähr 3 Stunden!

Hell leuchtend!

Nicht rauchend!

Rolle mit 10 Stück 3.50 Mk., 25 Stück 8.75 Mk.

## Wiesbadener Fahnenfabrik

Ellenbogengasse 12, I.

Telephonische Anfragen unter Nr. 453 erbeten.

## Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen  
der VIII. Kriegsanleihe können vom

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behren-  
straße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kassenanrichtung bis zum 15. Juli  
1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtauschs. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch  
unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ angetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der  
Nummernfolge geordnet einzutragen sind während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen;  
Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer  
mit ihren Firmensiegeln zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4½% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe  
und für die 4½% Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII findet gemäß unserer Anfang d. Mts. veröffent-  
lichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen  
Reichsbankanstalten mit Kassenanrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in  
die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen  
Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8 Behrenstraße  
22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Sadenstein.

v. Grimm.